



Interviews

Datum: 10. September 2023

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen (CDU) im Interview der Woche mit Christoph Heinemann

Heinemann: Das Interview der Woche mit Christoph Heinemann und mit Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, guten Tag.

Kretschmer: Hallo.

Heinemann: Wir zeichnen dieses Gespräch wenige Tage vor dem Sendetermin in der sächsischen Staatskanzlei in Dresden auf. Danke für die Einladung. Herr Ministerpräsident, wohin bewegen sich Ihre Mundwinkel, wenn Sie die Buchstaben TSMC hören?

Kretschmer: Da bin ich sehr, sehr froh, dass uns dieser Erfolg gelungen ist. Und es ist für mich eine auch spannende Erfahrung, mit diesem wirklich beeindruckenden Unternehmen, dem internationalen Technologieführer in der Mikroelektronik, diese Gespräche, diese Verhandlungen zu haben und eben auch der Erfolg von über 30 Jahren sächsischer Wissenschaft-, Innovations- und Wirtschaftspolitik.

Heinemann: Es geht – das müssen wir noch nachschieben – um das geplante Halbleiterwerk des taiwanischen Chip-Herstellers TSMC und von Partnerunternehmen hier in Dresden. So, Sie kennen die Kritik. Fünf Milliarden Euro Subventionen für 2.000 Arbeitsplätze. Was hat das mit Marktwirtschaft zu tun?

Kretschmer: Ja, für ein Investitionsvolumen von ungefähr zehn Milliarden Euro, 50 Prozent Unterstützung, muss das sein? Diese Frage ist absolut berechtigt und man muss sie diskutieren. Ich meine auch, dass es notwendig ist, dass dort Europa die digitale Souveränität erhält. Wir haben ja nur einen kleinen Teil, acht Prozent des weltweiten Mikroelektronikmarktes in der Europäischen Union. Das meiste ist weg. Und diese Investitionen die wir jetzt erleben, Intel, aber auch TSMC, andere, die werden nur dazu beitragen, dass wir dieses Marktniveau halten. Also, von Ausbau kann nicht die Rede sein. Aber, wenn man nicht mehr dabei ist, dann wird man auch in Bereichen der Digitalisierung, der künstlichen Intelligenz, Industrie 4.0 nicht mehr mitmachen können. Man braucht das. Aber noch einmal: Ist es richtig? Wir kennen diesen Markt jetzt seit Jahrzehnten und wir wissen, er ist absolut unfair. Es gibt Marktverzerrung. Es gibt Subventionen in den asiatischen Ländern. Aber ich meine, dass das nur ein Teil der Wahrheit ist. Ein Teil ist dieser fünf Milliarden auch, dass Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist, durch hohe Energiepreise, durch zu

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

viel staatliche Regulierung. Wir haben Standards, die es in anderen Regionen der Welt nicht gibt. Und deswegen ist die Frage berechtigt und sie muss diskutiert werden. Man darf sich da nicht wegducken. Wir dürfen nur so viel teurer sein wie wir besser sind. Und mein Eindruck ist, jetzt ist langsam ein Kipppunkt gekommen. Wir müssen da ran. Gerade im Bereich der Energieversorgung, aber auch in anderen Punkten müssen wir wieder schlanker werden, schneller werden und wettbewerbsfähiger werden.

Heinemann: Sie haben ein paar Punkte jetzt genannt. Gute Nachrichten aus der Wirtschaft sind ja im Moment rar eher. Welche wären die wichtigsten Schritte aus der Wirtschaftskrise?

Kretschmer: Diese Wirtschaftskrise ist ja selbst verursacht. Schauen Sie, als wir vor einem Jahr diskutiert haben, dass diese Gasmangellage und die Verknappung der Produktionskapazitäten bei Strom ... die mussten ja in diese Situation führen. Und damals wurde das so abgetan. Jetzt haben wir den Salat, könnte man sagen. Und anstatt jetzt über Kapazitätsausweitungen zu sprechen, machen wir die Diskussion über ein neues Umlagesystem. Man nennt es Industriestrom oder Brückenstrom, ja. Wenn Sie da mit den Leuten reden, wohin führt die Brücke, wie lang soll sie gehen, dann sprechen ...

Heinemann: Die SPD sagt fünf Jahre.

Kretschmer: Nein, nicht über fünf Jahre, sondern wir reden locker über zehn Jahre. Und, wenn Sie die Anfrage der Bundesregierung sehen, wie sie antwortet, wo wird der Strompreis im Jahr 2040 sein, dann kommt man auf 40 Cent die Kilowattstunde. Also, das ist alles Schall und Rauch. Und es kann ja auch gar nicht funktionieren, weil die Kapazitäten ja viel zu gering sind und die Energieträger, die wir verwenden in den nächsten fünf bis zehn Jahren, ja viel zu teuer sind, das 2030 Fortfolgende. Wenn man das alles richtig macht, die Erneuerbaren so weit ausgebaut sind, die Netze so weit ausgebaut sind, dass das möglicherweise funktioniert, kann sein, verlangt allerdings auch einen klugen Umgang. Denn, wenn Sie alleine sehen, diese über 100 Milliarden Euro, die man braucht, um die Stromnetze auszubauen, wenn die 1:1 auf dem Strompreis draufliegen, dann werden wir nicht die Chance zu niedrigen Stromkosten haben.

Heinemann: Friedrich Merz schlägt vor, einen höheren Spitzensteuersatz und einen gleitenden Anstieg des Rentenalters. Wer kann, wer sollte mehr zahlen? Und wer kann länger arbeiten?

Kretschmer: Wir müssen über die ökonomischen Grundlagen unseres Wohlstandes sprechen und auch die Bundesregierung dazu zwingen, dass sie sich dieser Diskussion nicht verschließt. Schauen Sie, wir haben Abwanderungen in

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 2

Größenordnungen. Wir haben den Inflation Reduction Act der Amerikaner. Wir haben von allen Instituten bestätigt, dass wir die höchste Steuer- und Abgabenlast haben, die höchsten Energiepreise, die niedrigsten Arbeitszeiten und die höchste Regulierungsdichte. Dass das so nicht geht, kann doch nicht sein. Und deswegen, in aller Ruhe jetzt einen wirklich parteiübergreifenden und gesellschaftsübergreifenden Konsens wäre mein Rat im Bereich der Energieversorgung, weil Energieversorgung nun mal die Achillesferse einer jeden Volkswirtschaft ist. Wir müssen diese Energiewende neu aufsetzen. Wenn wir uns einig sind, Strom soll 6 Cent die Kilowattstunde für die Industrie maximal kosten, dann wird, wenn man das als Restriktion hat, dann werden wir das hinkriegen und dann können wir das auch machen. Aber man muss die Sache klarstellen und nicht durch ein staatliches oder gesellschaftliches Umlagesystem à la DDR. Zuerst werden die Probleme verursacht durch staatliche Misswirtschaft, nämlich die Abschaltung von Kapazitäten, und am Ende soll die Bevölkerung, sollen die mittelständischen Unternehmen dafür bluten, indem sie für einige wenige eine Umlage bezahlen. Das geht nicht.

Heinemann: Soweit zur Energiepolitik. Noch mal kurz zu dem Rentenvorschlag. Es ist doch jetzt schon so, die Rente steigt bis 67, aber die Leute gehen früher in Rente. Was bringt es dann jetzt, wenn man sagt, gleitender Rentenanstieg?

Kretschmer: Ja, das passt eben auch alles nicht zusammen. Auf der einen Seite das Bürgergeld. Auch gut meinende Menschen aus der Arbeitsagentur, Arbeitswissenschaftler und vor allen Dingen diejenigen, die in der Praxis Menschen beschäftigen, sagen, das ist kein Anreizsystem. Es ist viel zu sehr der Anreiz, nicht zu arbeiten. Dann wird diskutiert vonseiten der Bundesregierung über eine Viertagewoche. Was ist das für eine absurde Diskussion? Natürlich ist es richtig, dass wir das Teilzeit- und Befristungsgesetz jetzt auf ein Mindestmaß zurückschneiden. Das wird immer noch im Arbeitnehmermarkt dazu führen, dass die jungen Leute sich durchsetzen können und das ist ja auch zum großen Teil in Ordnung. Zweitens muss man darüber sprechen, dass wir mindestens 40 Stunden alle miteinander arbeiten, um unseren Wohlstand in Zukunft zu sichern. Dann muss die Rente mit 63 ...

Heinemann: 40 Stunden?

Kretschmer: Ja, natürlich 40 Stunden. Wo ist denn das Problem? Dann haben wir die Rente mit 63. Gut, dass Sie es ansprechen. In einer Zeit, in der wir Fachkräftemangel haben und in Größenordnungen darüber sprechen, dass Menschen von außen kommen, müssen wir doch dieses Instrument jetzt wegnehmen. Das kann doch nicht sein. Und, wenn Sie sich anschauen, wie innerhalb von zwölf bis 18 Monaten große Milliardenbeträge dafür in der Rentenversicherung dann wieder sich stabilisierend auswirken und damit auch der Beitragssatz gleich bleiben kann, ich würde sagen, man kann bei dem

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 3

Renteneintrittsalter 67 nach oben nicht mehr viel machen. Man verschreckt die Menschen und es gibt irgendwo eine Grenze. Deswegen zu sagen, Rente mit 63 wollen wir so zeitig wie möglich abschaffen. Wir wollen auf der anderen Seite all jenen, die länger arbeiten als das normale Renteneintrittsalter ist, dann auch mit Steuerfreiheit, mit Abgabefreiheit die Möglichkeit dazu geben. Das ist ein Angebot. Das ist keine Drohung, sondern das ist ein Angebot. Und ich würde mit Angeboten arbeiten und auf der anderen Seite der jungen Generation jetzt nicht die Illusion vorschieben, dass man mit 30 oder 35 Stundenwochen in diesem Land klarkommen kann. Individuell, für den Einzelnen mag das alles sein, aber um dieses Wohlstandsniveau, um die Sicherheit in diesem Land auch für andere Gruppen und solidarisch zu sein, müssen wir über 40 Stunden als Standard reden. Und ich finde, da bricht niemandem ein Zacken aus der Krone, weil das eigentlich für einen großen Teil der Gesellschaft auch der Standard ist.

Heinemann: Herr Ministerpräsident, eines der wichtigsten politischen Themen bildet die Zuwanderung. Sachsen will mehr Polizisten in die Gebiete an den Grenzen zu Tschechien und Polen schicken. Mit welchem Ziel?

Kretschmer: Es gibt zwei verschiedene Zuwanderungen. Was wir dringend brauchen, ist Fachkräftezuwanderung. Wir haben gerade über die Frage gesprochen, was wir selber auch dazu tun, um das Arbeitsvermögen zu reduzieren. Ich finde, man fängt bei diesem Thema immer an, erst einmal mit dem Potenzial im eigenen Land und auch den Möglichkeiten, die wir haben. Und trotzdem wird man ohne Fachkräftezuwanderung nicht auskommen. Wenn wir das wollen, dann wird für diese Personengruppe, Menschen, die als Fachkräfte hierherkommen, für TSMC, oder fürs Handwerk, oder für die Pflege, oder als medizinische Arbeitskräfte, wird es auch so sein, dass sie Familie mitbringen, Kinder mitbringen. Und, dass die natürlich auch Unterstützung brauchen bei Sprache und bei anderen und auch deswegen müssen wir schauen, dass das Thema illegale Migration auf eine Größenordnung begrenzt wird, die vertretbar ist. Und da sind wir derzeit auf dem Weg in Richtung 300.000, 350.000 Menschen. Das ist in Anbetracht der vielen Schutzsuchenden, auch die aus der Ukraine gekommen sind, einfach eine Größenordnung, die aus Sicht aller Bürgermeister, Landräte in diesem Land parteiübergreifend zu hoch ist. Und deswegen muss die Bundesregierung hier handeln. Ich finde, wir reden seit über einem Jahr sehr vertrauensvoll mit dem Kanzler darüber, mit der Innenministerin. Dass das jetzt nicht vorangeht, obwohl in jeder Umfrage in der Bevölkerung, egal, in welchem Bundesland, dieses Thema als erstes genannt wird aus Sicht der Bevölkerung, was gelöst wird, dass es nicht weitergeht, das, finde ich, ist nicht in Ordnung.

Heinemann: Wer trägt dafür die Verantwortung?

Kretschmer: Das ist kein vernünftiger Politikansatz. Wir haben als Bundesländer, wir haben als Opposition im Deutschen Bundestag die Hand der Bundesregierung gereicht. Es ist an ihr, diese Hand zu ergreifen und das Thema nicht auszusetzen. Das Thema wird sich nicht von alleine klären. Es braucht ein aktives Handeln der Bundesregierung.

Heinemann: Was konkret?

Kretschmer: Die Ausweisung der sicheren Herkunftsländer. Schauen Sie sich an, was jetzt passiert. Georgien und Moldau. Wie lange reden wir darüber, dass das längst passieren muss? Der Premierminister aus Georgien war in Deutschland, vor Jahren, und hat darum gebeten. Jetzt passiert das. Warum nicht Tunesien? Tunesien ist ein Land, was eine niedrige Anerkennungsquote hat von unter einem Prozent. Das ist ein sicheres Herkunftsland. Ist aber ein Land, von dem wir auch wissen, dass sehr viele, von denen, die als Mehrfach- und Intensivstrafäter hier unterwegs sind, ein größerer Anteil von denen kommt aus Tunesien. Es wäre extrem wichtig, dieses Land als sicheres Herkunftsland auszuweisen. Es wäre extrem wichtig, gemeinsam mit Polen die Grenze zu Belarus so zu sichern, dass dort nicht in Größenordnungen die Grenze übertreten wird. Wissen Sie, wie viele Schleuser an der deutsch-polnischen Grenze aufgegriffen werden? Eine irrwitzige Kriminalität. Das läuft ja folgendermaßen: Die Leute übertreten die Grenze zu Polen, kriegen einen 500-Euro-Schein in die Hand gedrückt, fahren dann mit ihrem Privatauto nach Görlitz, nach Zgorzelec, setzen die Leute ab und fahren wieder zurück. Und in Größenordnungen werden sie als Schleuser dann festgenommen, aber es ist ein Fass ohne Boden, ja. Und es geht nur, indem man tatsächlich die Grenze besser sichert, indem wir Frontex ertüchtigen, indem auch Deutschland sich engagiert. Wir brauchen diese Rückführungsabkommen. Jetzt ist man dabei, eines mit Tunesien zu schließen. Warum ist das noch nicht erledigt? Warum gibt es das nicht mit anderen Ländern? Warum haben wir keine ...

Heinemann: Ja, weil es so schwer ist und die jeweilige Seite nicht zustimmen möchte.

Kretschmer: Ja, gut, aber wir zahlen in Größenordnungen Entwicklungshilfe. Wir machen wirtschaftliche Kontakte. Wir machen Sicherheitszusammenarbeit. Das kann doch alles nicht wahr sein. Es ist doch mit der Türkei damals auch gelungen, der Bundeskanzlerin Merkel. Also muss das doch jetzt auch gelingen.

Heinemann: Die CDU hat ja einige – oder die Union – einige Vorschläge gemacht. Abschaffung oder Einschränkung des Individualrechts auf Asyl, Schutz der EU-Außengrenzen, haben Sie gesagt, Grenzkontrollen, Kontingentlösungen, unter Einbeziehung des UNHCR. Inwiefern wendet sich die Union damit ab von Angela Merkels Migrationspolitik?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 5

Kretschmer: Überhaupt nicht, denn für uns als christdemokratische Partei ist klar, dass Deutschland als reiches Land auch helfen muss. Aber wie hat Joachim Gauck gesagt? Unser Herz ist groß, unsere Möglichkeiten sind begrenzt.

Heinemann: Das heißt, die Ära „wir schaffen das“ ist vorbei?

Kretschmer: Nein, natürlich, wir haben es ja auch damals geschafft. In einer speziellen Notlage hat Deutschland geholfen und es wird auch in Zukunft helfen. Und jetzt ist die Frage: In welchem Umfang wollen wir helfen? War auch damals die Frage. Und wir haben uns miteinander vereinbart auf ungefähr 200.000 Menschen. Die Ausnahmesituation des Jahres 2015/2016 ist geklärt worden, mit dem Migrationsabkommen mit der Türkei. Wir sind auf eine Größenordnung von 200.000 Menschen gekommen. Das ist aus meiner Sicht auch eine Größenordnung, die in der Zukunft gelten kann. Aber wir sind in Richtung 350.000, 400.000 unterwegs. Und deswegen ist das Angebot an die Bundesregierung nicht im parteitaktischen Kleinklein und die Grünen entscheiden hier, was passiert oder was nicht passiert, sondern parteiübergreifend, gesellschaftlich-übergreifend zu sagen, wir können diese Größenordnung von 200.000 Menschen mit einer vernünftigen Qualität betreuen. Das wollen wir auch tun. Jetzt geben wir uns die Instrumente, um genau diese Größenordnung zu erreichen. Muss man das Grundgesetz ändern? In welcher Form? Welche Maßnahmen an der Außengrenze? Welche Rückführungsabkommen? Wenn man das tut, ist das kein Gewinnen oder Verlieren einer politischen Partei, sondern es ist etwas, was die Gesellschaft zusammenbringt. Das ist ein Ansatz, der uns stark macht in Deutschland. Man muss doch diesen Extremisten auch mal dieses Thema aus der Hand schlagen. Wir können doch jetzt nicht immer noch, immer weiter zuwarten, obwohl jedem klar ist der Verantwortlichen, dass genau das der Nährboden ist für rechtsextremistische Parteien.

Heinemann: Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Michael Kretschmer, CDU, dem Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen. Sie kennen natürlich die letzten Umfragen dreier sächsischer Tageszeitungen. AfD 35 Prozent, die CDU bei 29, Linke 9 und die anderen darunter. Also, die gegenwärtige sächsische Landesregierung hätte jetzt keine Mehrheit. Sie haben einen Grund genannt. Warum sind die Menschen in Sachsen so offensichtlich unzufrieden?

Kretschmer: Sie können jedes Meinungsforschungsinstitut in Deutschland nehmen und Sie werden immer das gleiche Ergebnis bekommen. Die Bürgerinnen und Bürger sind enttäuscht und absolut unzufrieden mit der Frage der Migrationspolitik, mit dem Thema Gebäudeenergiegesetz. Sie sind nicht einverstanden, dass die Politik ihnen vorschreibt, welches Auto sie fahren sollen, wie sie sprechen sollen, was sie essen sollen. Diese Form der Mikrosteuerung ist etwas, was die Menschen

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 6

nicht mittragen. Wir haben einen Punkt erreicht an Bürokratie, wo Handwerker sagen, ich mache das nicht mehr, ich höre auf mit meinem Geschäft, wo sie ganz aktiv ihren jungen Kindern, die eigentlich in den Betrieb einsteigen wollen, sagen: Mach es besser nicht. Und wir haben eine Zeit, das will ich auch noch mal sagen, in der ein Krieg herrscht, in dem ein Teil der Bevölkerung eine andere Meinung vertritt als das, was aktuell politisch getan wird. Waffenlieferungen und Ähnliches. Und da will ich Ihnen noch mal jetzt an dieser Stelle deutlich sagen, man kann von einem Bundeskanzler, wenn er sich für eine Richtung entschieden hat bei dem Thema Waffenlieferung, nicht verlangen, dass er sich komplett ändert, aber was man verlangen kann, ist, dass er die andere Position genauso ernst und genauso wahrnimmt. Und das passiert nicht.

Kretschmer: Da gibt es aus der CDU auch Kritik.

Heinemann: Diejenigen, die aus der SPD oder aus der Politik, aus der Wissenschaft, aus der Kultur gesagt haben, wir wollen mehr Diplomatie, wir wollen diese Waffenlieferungen nicht, die sind in den vergangenen zwölf Monaten immer beiseitegeschoben worden, als Putin-Versteher oder was weiß ich bezeichnet worden. Und das sorgt auch für Frust. Und ich finde das auch nicht richtig und nicht in Ordnung bei so einem existenziellen Thema wie Krieg und Frieden.

Heinemann: Noch mal kurz zurück zu den Umfrageergebnissen. Welcher ist denn der Anteil der Landesregierung? Das war ja eine Umfrage in Sachsen.

Kretschmer: Ja, ich habe Ihnen ja gesagt, wenn Sie die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute nehmen – und Sie können wirklich alle großen nehmen – es ist immer das Gleiche. Und es ist ja sehr deutlich aufgefallen bei der Wahl in Sonneberg, bei dem AfD-Landrat, da haben es auch Journalisten so aufgeschrieben, nachdem sie mit allen Kandidaten gesprochen haben. Das ist eine Abstimmung über diese bundespolitischen Fragen. Ich würde das ernst nehmen, denn wir müssen für diese Demokratie kämpfen, aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Und das geht nur, indem man den Nährboden für diesen Protest entzieht. Und ich habe Ihnen jetzt Punkte genannt, an jeder Stelle hat die CDU, haben auch die deutschen Bundesländer die Hand ausgestreckt und wollen ein aktives Mittun.

Heinemann: Sie haben ja Bürgerinnen und Bürger zu den sogenannten Sachsengesprächen eingeladen. Inwiefern kann man durch Zuhören, durch Reden Wut lindern?

Kretschmer: Zunächst mal führt doch an dem Gespräch nichts vorbei. Und wir als Politikerinnen und Politiker lernen sehr viel dabei. Es ist aber die Möglichkeit, Blasen aufzubrechen, die existieren. Ein großer Teil der Bevölkerung hört leider kein Deutschlandradio, hört kein, oder konsumiert oder nimmt zur Kenntnis, was im

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 7

öffentlich-rechtlichen Rundfunk passiert oder in den Tageszeitungen. Wir haben das Phänomen, dass diese Medienrevolution – Internet, soziale Medien – dazu führt, dass es Menschen gibt, die sich ausschließlich in dieser Bubble bewegen und das persönliche Gespräch, die persönliche Begegnung sorgt dafür, dass vielleicht doch andere Einsichten, andere auch Meinungen möglich sind. Und deswegen, gerade in dieser Zeit muss man mehr miteinander reden und sich gegenseitig mit Respekt begegnen.

Heinemann: Sie waren eben schon beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands. Anders als Ihre Partei – Sie haben das schon gesagt – lehnen Sie ja die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern an die Ukraine ab. Sie haben die Sanktionen kritisiert. Sie können sich vorstellen, dass Deutschland eines Tages wird fossile Rohstoffe aus Russland bezieht. Damit sind Sie aber näher an Tino Chrupalla als an Friedrich Merz.

Kretschmer: Ich habe diese Position als Erster vertreten. Und, wenn Sie die AfD ansprechen, waren die an dem Punkt, an dem ich diese Sache gesagt habe, völlig durch den Wind und wussten überhaupt nicht, was sie wollen. Für mich ist das sehr klar, und zwar nach 15 Jahren Mitglied im Deutschen Bundestag, davon Jahren im Europaausschuss, jetzt gerade auch als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates, Deutschland war das Land über Jahrzehnte, was in solchen Konflikten Moderator, Friedensstifter war, Konfliktparteien zusammengebracht hat und das Minsker Friedensabkommen, das die damalige Bundesregierung und die französische Regierung erreicht hat, war ein großer Gewinn. Waffen haben geschwiegen. Dass da auch im Nachgang Fehler gemacht worden sind und man hätte viel stärker da in die Sicherheit investieren müssen, aber es ist gelungen.

Heinemann: Sie haben ja auch gesagt, Sie könnten sich vorstellen, diesen Konflikt einzufrieren. So, Sie haben es zu tun mit einem Land, das sich an keine Zusagen hält, das eine regelbasierte Ordnung ablehnt, das mutmaßlich verantwortlich ist für schwerste Kriegsverbrechen und für die anderen Verbrechen, für die der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig ist. Mit wem wollen Sie, wann, worüber sprechen?

Kretschmer: Ja, es wird am Ende ja genau so kommen.

Heinemann: Ja, am Ende, aber jetzt?

Kretschmer: Die Frage ist aber, wann das Ende ist. Ob das Ende heute, jetzt ist oder vor einem halben Jahr.

Heinemann: Ende jetzt hieße Terrorregime auf der Krim.

Kretschmer: Hätte bedeutet, viele Tausend Menschen weniger, die gestorben sind, in einem halben Jahr, heißt, viele Tausend junge Leute. Ich meine, wissen Sie, ich habe so viel mit diesem Thema auch zu tun wie andere auch. Ich kriege hier regelmäßig diese Berichte über junge Soldaten, die in Sachsen ausgebildet werden, die dann in kurzer Zeit an der Front gestorben sind. Dieses tägliche Sterben, Sie haben ja in der Beschreibung absolut recht, da ist ja überhaupt nichts an der Aussage zu kritisieren. Es ist genau so. Russland ist ein unberechenbarer, aggressiver Nachbar. Wenn man mit so einem Nachbarn umgehen muss, muss man stark sein, muss man sich wehren können. Dazu braucht man aber eine ökonomische Kraft. Und deswegen, jeder Tag, den der Krieg eher angehalten wird, sozusagen einfrieren, ist ein Gewinn. Und da, will ich noch mal sagen, geht es nicht darum – das will ich auch noch mal deutlich sagen – die Ukraine muss auf keinen einzigen Quadratmeter Land verzichten.

Heinemann: Wie wollen Sie erreichen, wenn Sie jetzt ...

Kretschmer: Nichts davon ist russisch geworden.

Heinemann: Wenn Sie den Status quo einfrieren, wie wollen Sie das erreichen?

Kretschmer: Ja, indem man ein Stück weit auch auf die Zeit setzt. Das ist ja bei vielen dieser Konflikte so gewesen. Es gab erstens keinen Grund, auch keinen kleinen Grund für diesen Angriff. Es gibt ja Menschen, die durch die Gegend laufen und sagen, ja, weil die NATO erweitert ist oder wegen der Europäischen Union. Wenn man sich auf diesen Gedanken einlässt, ist ja ein Staat nicht mehr souverän, diese Freiheit nicht mehr ... also, es gab keinen Grund. Es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Es ist ein riesiges Verbrechen. Und nichts von diesem Gelände, nichts, auch kein Quadratmeter der Krim, ist russisch geworden. Und jetzt ist die Frage: Schaffen wir es, diesen Konflikt erst einmal anzuhalten, dass das Sterben aufhört, und dass wir über die Zeit auch es schaffen, dass sich diese Rechtsposition, die aus meiner Sicht völlig unstrittig ist, auch am Ende realisiert. Das, was jetzt versucht wird, ist, mit immer weiteren Waffenlieferungen diesen Krieg zu gewinnen. Das wird viele, viele Verwerfungen haben und möglicherweise auch die Welt ins Chaos stürzen. Und das sollte man aus meiner Sicht nicht tun.

Heinemann: Was heißt das für die Menschen, für die Ukrainerinnen und Ukrainer, die dann unter einer Herrschaft Putins leben müssten? Wir haben die Bilder aus Butscha gesehen. Wir kennen die Berichte über verschleppte Kinder usw. Das hieße ja, diesen Status quo mitfestschreiben.

Kretschmer: Na ja, es heißt Einsicht in eine ganz, ganz bittere Notwendigkeit, dass es ein riesiges Unrecht ist und ein großes Leiden, dass der Weg, ihn jetzt aber so weiterzugehen, möglicherweise noch größeres und schlimmeres Leid erzeugt. Ich

will Ihnen sagen, ich habe ja viele Stunden auch gesprochen mit dem ukrainischen Botschafter und auch vielen Kollegen, die jetzt auch die Entscheidungen pro Waffenlieferung treffen, ich habe da Respekt vor dieser Meinung. Ich habe eine andere, werbe sehr dafür. Und das, was ich mir eben sehr wünsche und was ich verlange und finde, was in Deutschland nicht gut gelungen ist, dass wir in dieser so zentralen und existenziellen Frage ohne Schaum vor dem Mund miteinander reden, und dass diejenigen, wie Habermas oder Michael Müller, andere, dass die dann so in eine Ecke gedrückt werden, in die sie nicht hingehören. Das gehört sich nicht und ich finde, da hätte ein Regierungschef auch sagen müssen, das möchte ich so nicht, das ist so nicht in Ordnung. Das wäre ...

Heinemann: Wobei das ja nicht Olaf Scholz' Stil ist.

Kretschmer: Das ist nicht sein Stil. Aber wer kann diese Rolle einnehmen?

Heinemann: Sie sind ja auch aus Ihrer eigenen Partei heraus kritisiert worden. Daran muss ich auch noch mal erinnern.

Kretschmer: Ja.

Heinemann: Kann Ihrer Meinung nach dieses Russland in absehbarer Zeit für Deutschland wieder Partner sein?

Kretschmer: Mit diesem Diktator Putin wollen wir keine Zusammenarbeit. Aber wir setzen darauf, dass eine neue Generation kommt von Menschen. Und deswegen geht es bei Nord Stream 1 jetzt nicht um die Frage, dass man morgen Gas liefert, sondern dass man die Option dazu hat. Und ich finde es nicht in Ordnung, dass diese Pipeline, eine wichtige Infrastruktur, die für die Energieversorgung notwendig war, zerstört wird, die Deutsche Bundesregierung sich da überhaupt nicht dazu verhält, nicht erklärt, was sie darüber weiß, was sie tut, dass sie es auch nicht verurteilt, und dass sie auch nichts unternimmt, dass diese Infrastruktur gesichert wird. Wir wissen ja, dass die Zeit davonläuft. Und, wenn sie nicht gesichert ist, dann wird das Salzwasser diese Leitung zerstören. Sie kann dann nicht mehr genutzt werden.

Heinemann: Wir haben jetzt über ganz viele Probleme gesprochen. Abschlussfrage: Was läuft gut in Deutschland?

Kretschmer: Ist ein tolles Land mit vielen kreativen Menschen, Menschen, die eine unglaubliche Kraft haben und auch Dinge bewegen wollen. Und wir müssen ihnen diese Freiheit wiedergeben, dass sie diese Kraft entwickeln können. Wenn wir nur für die nächsten fünf, besser zehn Jahre den europäischen Standard an Regulierung haben, bei Arbeitszeit, bei Bürokratie, bei allem Drum und Dran, was denken Sie,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 10

was hier für eine Power sich entwickelt. Ich habe eine Bäckerin, eine Freundin, die ihre Meisterprüfung bestanden hat und sie kam dann an mit ihrem Meisterbrief in der Hand. Und ich habe gesagt, du strahlst wie ein Honigkuchenpferd. Bist du so glücklich? Dann sagt sie: Ja, ich bin total glücklich. Ich bin Meister geworden. Dann sage ich: Und, wie geht es dir damit? Ich habe keine Sorge, dass ich früh aufstehen muss und arbeiten muss. Ich habe keine Angst vor den Lehrlingen. Ich weiß auch, dass ich das hinkriege mit den Rezepten. Das haut alles hin. Aber weißt du, wovor ich wirklich Angst habe, ist diese Bürokratie, dass ich irgendwas falsch mache, dass ich mit einem Bein im Gefängnis stehe, dass irgendwas nicht hinhaut, und dass ich irgendwie ins Unrecht komme. Und das ist der Grund, warum hier vieles auch im Bereich der Mittelständler nicht funktioniert. Wenn man das wegnimmt, wenn man mehr Vertrauen, wenn man mehr Freiheit hat und das wieder auf ein Mindestmaß zurücknimmt, was denken Sie, was dieses Land für eine unglaubliche Kraft entwickeln wird.

Heinemann: Bei dem Thema sind Sie jetzt richtig in Fahrt gekommen. Danke schön für das Gespräch, Herr Ministerpräsident.

Kretschmer: Danke.